

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Verlagspreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Reklamezeile 45 Pfg. Bei teleph. erteilten Aufträgen übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei sonst. Entsch. od. Konturufen hinfällig wird. Erfüllungsort: Altensteig, Gerichtsstand Nagold. Erscheint wöchentl. 6 mal. / Bezugspreis: Monatl. 1.50 Mk., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge hoh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 6780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11

Nummer 72

Altensteig, Donnerstag den 27. März 1930

53. Jahrgang

Zaleski über die deutsch-polnischen Verträge

Warschau, 26. März. Außenminister Zaleski hielt heute abend gelegentlich des Jahresbanketts der Gesellschaft zur Prüfung internationaler Fragen eine außenpolitische Rede, in der er sich vor allem mit den zwischen Deutschland und Polen abgeschlossenen Verträgen beschäftigte. Das Handelsabkommen sehe keine gebundenen Zollsätze und Nachlässe vor, so daß sich Polen vollkommene Freiheit der Entscheidung bei Festsetzung seines Zolltarifs vorbehalten habe und somit über alle Möglichkeiten verfüge, um seine Industrie zu schützen. Zaleski erwähnte sodann das Liquidationsabkommen. Bis zum Augenblick der Unterzeichnung des Abkommens seien über

120 000 Hektar Boden und ungefähr 1600 städtische Objekte in polnische Hand übergegangen. Zur Liquidation seien noch ungefähr 23 000 Hektar und 30 städtische Objekte verblieben. Die tatsächliche Möglichkeit, die Liquidation dieser Objekte durchzuführen, wäre beschränkt gewesen, da alle Liquidationsangelegenheiten Gegenstand eines Streites bei den internationalen Instanzen waren. Weiter hätte ja noch im Verlauf der nächsten Monate die staatliche Landwirtschaftsbank aus freier Hand 2 Objekte gekauft, auf deren Liquidation Polen verzichtet hätte und die zusammen 13 000 Hektar ausmachten. Der Verzicht auf Liquidation betreffe also praktisch nur 10 000 Hektar. Weiter dürfe nicht vergessen werden, daß das Warschauer Abkommen Polen eine Reihe erklaffiger finanzieller Vorteile sichere, wie die Niederschlagung der Pariser Millionenproteste, die Entschädigung für Chorzow usw. — Uebrigens hätte erst der Abschluß dieses Vertrages

es Polen ermöglicht, dem Youngplan beizutreten. Nur in dieser Gesamtheit dürfe der Verzicht Polens auf das Liquidationsrecht betrachtet werden.

Der Minister erwähnte sodann den Verzicht auf das Wiederaufrecht. Von den 29 000 Rentenbindungen befänden sich heute 14 000 in polnischer Hand, der Rest (ungefähr 15 000) sei im Besitz von Deutschen. Die politische Klausel des Wiederaufrechts betrachte er als im Widerspruch mit der polnischen Tradition stehend. Polen gestatte nicht, daß seine Bürger Waffen zum Kampf gegen den polnischen Staat schmieden; deshalb seien auch die wegen Verbrechen und Vergehens bestrafte Leute von diesen Vorteilen ausgeschlossen worden. Das friedfertige Zusammenleben aller polnischen Bürger, jedweder Religion und Nationalität liege in der großen Tradition der polnischen Staatlichkeit. Der Minister glaubt, daß diese Regelung der Wiederaufrechte zum friedlichen Zusammenleben der Staatsbürger Polens und der deutschen Nationalität beitragen werde, was stets das Streben der polnischen Politik gewesen ist.

Der Minister zitierte sodann Stimmen polnischer und deutscher Politiker, die das Abkommen ablehnten, und kam zu dem Ergebnis, daß die durch die Verträge geschaffene Lage als ruhig zu beurteilen sei. Verschwunden sei nun die Legende, so endete der Minister, über den polnischen Saisonkaut. Ebenso unwirksam seien alle Versuche, auf friedlichem Wege den gegenwärtigen Stand der Dinge zu ändern. Im Gefühl der Stärke der eigenen Stellung könne man diesen Bestrebungen ruhig zusehen.

Kammermehrheit für den Youngplan gesichert

Die Sozialdemokraten stimmen für das Haager Abkommen — „Die Räumung keine Gefahr für Frankreich“

Paris, 26. März. Der Ausschuss der Kammer hat gestern den Bericht Souliers über das Haager Abkommen angenommen, nachdem vorher einige Änderungen vorgenommen waren.

Der Nationalist Franklin Bouillon verlangte Änderungen bezüglich der Feststellung möglicher deutscher Besitztümer gegen das Abkommen. Ferner wurde die Feststellung in den Bericht aufgenommen, daß sowohl der Völkerbundspakt wie auch der Kelloggspakt in Wirksamkeit bleiben. Der Sozialdemokrat Grumbach wünschte eine Erklärung, daß Frankreich endgültig auf jeden Krieg verzichte. Diese Erklärung wurde aber nicht angenommen, dagegen wurde eine Feststellung Grumbachs in den Bericht aufgenommen, daß die Befreiung der Ruhr und des Rheinlandes die erwarteten Ergebnisse nicht gezeigt hätten und daß die Räumung des Rheinlandes für Frankreich keine Gefahr bedeute. Die Kommission sprach sich mit acht gegen drei Stimmen bei einer Stimmenthaltung für die Annahme des Haager Abkommens aus. Die Namen der drei, die gegen das Haager Abkommens und gegen die Rheinlandräumung stimmten, wird man sich merken müssen, es sind: Franklin Bouillon, von dem das nicht überraschend kam, Herriot, der von heute

ab nicht mehr wird behaupten dürfen, ein Freund Deutschlands und des Weltfriedens zu sein, und sein Parteigenosse Bergery, der Schwiegerjohn Krassins. Das Mitglied der Maringruppe, Dubois, enthielt sich der Abstimmung.

Wie sich die Kammer bei der Aussprache über das Haager Abkommen, die morgen beginnt, verhalten wird, ist bereits bekannt. Die Sozialdemokraten haben gestern beschlossen, bedingungslos für das Haager Abkommen zu stimmen, auch dann, wenn Tardieu bei dieser Gelegenheit die Vertrauensfrage stellen sollte. Vor drei Tagen wollten sie noch gegen das Abkommen stimmen und bei dieser Gelegenheit Tardieu stützen. Nun scheinen sie sich möglicherweise auf einen Mahnruf ihrer Berliner Parteigenossen besonnen zu haben, daß es besser sei, die internationalen Zusammenhänge nicht zu zerstören, als einen französischen Ministerpräsidenten zu stützen. Die Radikalen, die bisher Rechte und die Linksradikalen werden ihren Mitgliedern die Abstimmung freigeben, die Partei Tardieus und des Kriegsministers Maginot, sowie einige andere Mittelparteien werden dafür stimmen. Man nimmt an, daß die Aussprache zwei Tage in Anspruch nehmen wird. Briand fährt nach London zurück. Es ist nicht ganz durchsichtig, warum er der Haager Debatte auf diese Weise ausweicht.

Ist eine Verständigung möglich?

Berlin, 26. März. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Mittwoch mittag mit dem Ergebnis der Parteiführerverhandlungen, die nachts beim Reichskanzler stattgefunden haben. Der Reichsfinanzminister hat den Parteien auf Grund dieser Besprechung einen neuen Vorschlag unterbreitet. Bezüglich der Arbeitslosenversicherung wird darin gesagt, daß eine allgemeine Verringerung der Leistungen nur durch Gesetz vorgenommen werden kann. Die sozialdemokratische Fraktion hält diesen Vorschlag, da er einen Abbau der Leistungen nicht ganz ausschließt, nicht für annehmbar. Sie kann auch den Vorschlägen, die für die Steuerentlastung gemacht sind, und die im ganzen auf eine Steuerentlastung bis zu 800 Millionen hinauslaufen, nicht zustimmen.

In den Mittagsstunden traten die Sozialpolitiker der Regierungsparteien zu neuen Besprechungen zusammen. Um 4 Uhr fand die Besprechung der Parteiführer beim Reichskanzler statt.

In sozialdemokratischen Kreisen hält man eine Verständigung für durchaus unwahrscheinlich. Im Anschluß an die Parteiführerbesprechung wird das Kabinett zusammenzutreten, um sich darüber schlüssig zu werden, daß es an seinen ursprünglichen Finanzvorlagen festhält und die Kabinetts-

frage stellt. Sollte dieses der Fall sein, dann würden noch in den Abendstunden die Fraktionen ihren endgültigen Beschluß zu fassen haben. Wenn er ablehnend ausfällt, rechnet man mit dem Rücktritt des Kabinetts. In diesem Falle wird mit einem Kabinett der Mitte unter Führung eines Zentrumsabgeordneten gerechnet. Es wird in parlamentarischen Kreisen angenommen, daß dieses Kabinett mit Hilfe des Artikels 48 die Steuergesetze und Verringerung der Arbeitslosenversicherung in Kraft setzen wird. Dieses sogenannte Sofortprogramm würde dann nicht die Steuerentlastung für 1931 enthalten können.

Neues vom Tage

Frankiger Kriegsschiff

London, 26. März. „Daily Telegraph“ berichtet: Die Erinnerung an eine Tragödie des Krieges wird wachgerufen durch die Nachricht, daß die Heberreste von einem Offizier und 57 Matrosen des Panzerschiffes „Glatton“ geborgen worden sind und am 3. April mit militärischen Ehren auf dem Friedhof von Gillingham beigesetzt werden sollen. Das Schiff war am 16. September 1918, acht Wochen vor dem Waffenstillstand, im Hafen von Dover in Brand geraten. Da die Gefahr der Explosion bestand, die zu unbeschreiblichen Zerstörungen geführt hätte, wurde das Fahrzeug torpediert, wobei von der aus 303 Mann bestehenden Besatzung über 100 den Tod fanden.

Marcosis Experiment gelöst

Sodney, 26. März. Das Experiment Marcosis, die Lampen der diesjährigen elektrotechnischen Ausstellung von seiner vor Seamus liegenden Pacht aus anzuzünden, ist vollkommen gelungen. Die von der Pacht ausgehenden Wellen wurden in Dorfchester aufgefangen und von Grimsoo drablos nach Australien übertragen. Sie wurden in Victoria aufgenommen und nach dem Rathaus von Sodney weitergeleitet, wo die 3000 elektrischen Lampen hell aufleuchteten.

Keine Klärung der Angelegenheit Kutieff

Paris, 26. März. Die unter Eid gemachten Aussagen einer Dame der höchsten russischen Gesellschaft, die aus nächster Nähe von Cabors der Verschleppung des Generals Kutieff beigewohnt haben will, werden von den Bewohnern der Gegend angezweifelt. Weder könne, so behaupten sie, ein Auto wegen der zerklüfteten felsigen Gegend nahe ans Meer fahren, noch könne ein Motorboot von der Seeferie her wegen der Klippen sich der Küste nähern. Die Angelegenheit Kutieff bleibt also nach wie vor dunkel.

Kein Ergebnis der Parteiführerbesprechungen

Berlin, 26. März. Um 6.45 Uhr abends wurden die Parteiführerbesprechungen ohne Ergebnis abgebrochen. Sie werden morgen vormittag 10 Uhr fortgesetzt. Inzwischen sollen noch die sozialpolitischen Sachverständigen eine Einigung über die Arbeitslosenversicherung versuchen. Eine Ministerbesprechung findet nach diesen Umständen, wie das Nachrichtenbüro des Reichs weiter hört, heute nicht mehr statt. Es wird angenommen, daß, wenn in der Arbeitslosenversicherung eine Einigung zustande kommt, dann die Steuerfragen keine großen Schwierigkeiten mehr bieten werden.

Abschluß der Parteiführerbesprechungen für Donnerstag erwartet

Berlin, 26. März. In der unter dem Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Besprechung der Führer der Regierungsparteien wurden die Verhandlungen über das Finanzprogramm fortgesetzt. Die Besprechungen werden in einer für morgen 10 Uhr anberaumten Sitzung zum Abschluß gebracht werden.

Der sozialdemokratische Parteivorstand einberufen

Berlin, 26. März. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat den Parteiaussschuß zur Besprechung der politischen Lage für Freitag vormittag nach Berlin berufen. Außerdem wird unter anderem auch die Agrarfrage behandelt werden.

Abreise Briands nach London

Paris, 26. März. Außenminister Briand ist heute mittag nach London abgereist.

Australien und die Sowjetunion

Canberra, 26. März. Der Premierminister erklärte, die Bundesregierung sei bereit, einen Konsularvertreter der Sowjetregierung zuzulassen, beabsichtige jedoch nicht, einen derartigen Vertreter nach Rußland zu entsenden.

Die Arbeitslosenfürsorge in den Vereinigten Staaten

Washington, 26. März. Der Senat hat die Gesetzentwürfe über die Bereitstellung von 353 Millionen Dollar für produktive Erwerbslosenfürsorge angenommen.

Deutscher Reichstag

Dietrich drohte mit Rücktritt

Berlin, den 26. März.

Zur Verhinderung der Agrarvorlage am Dienstag ist noch nachzutragen:

Im Laufe der Sitzung wurde bekannt, daß die Deutschnationalen und Bauerngruppen der Regierung ihre Hilfe versagen und gegen das Maismonopol stimmen werden. Für das Monopol wäre dann die nötige Mehrheit nicht vorhanden gewesen. In dieser Situation sah sich Reichsernährungsminister Dietrich genötigt, schweres Geschick aufzuführen, um die läudliche Agrarvorlage zu retten. Er erklärte, das Maismonopol betrachte er als einen so wichtigen Bestandteil des gesamten Hilfswerts für die Landwirtschaft, daß er bei Ablehnung des Monopols den Rest der Vorlage nicht vor dem Reichstag vertreten werde. Der Minister stellte geradezu die Kabinettsfrage, indem er mit erhobener Stimme erklärte, bei einer Ablehnung des Maismonopols werde er die notwendige Konsequenz ziehen und die Verantwortung seinen Überlässten, die eine solche Entscheidung herbeigeführt haben mit besonderer Spannung wurde nach der Ministererklärung die dann folgende Rede des deutschnationalen Abgeordneten Schiele erwartet. Abg. Schiele erklärte, die Deutschnationalen würden die Vorlage als unzulänglich ablehnen, aber beim Maismonopol sich der Stimme enthalten. Damit war, wie die spätere Abstimmung ergab, das Maismonopol gesichert und die Opponenten im Lager der Deutschen Volkspartei und der Demokraten konnten nun mit Nein stimmen, ohne das Scheitern der Vorlage und den Rücktritt des Reichsernährungsministers damit zu riskieren. In der namentlichen Abstimmung wurde das Maismonopol mit 195 gegen 122 Stimmen bei 78 Stimmenthaltungen angenommen.

Berlin, 26. März.

Der Entwurf zur Verringerung der Pachtsummenordnung, wonach dieselbe bis zum 30. September 1931 verlängert werden soll, wird in zweiter und dritter Beratung angenommen.



es war die erste Beratung des Notetats für 1930.
 Abg. Lorenz (K.): Wir stehen jetzt wieder mitten im Kubandhandel über Steuererhöhungen. Dieser angebliche Notetat ist in Wirklichkeit ein Ermächtigungsgesetz, durch das die Regierung ermächtigt wird, die Ausgaben bis zu einem Viertel des Gesamtetats für 1930 nach Belieben zu gestalten.
 Der Notetat wird dem Haushaltsausschuss überwiesen. Hierauf kommt der Nachtragsetat für 1929 zur zweiten Beratung.

Abg. Schulz-Bromberg (Dn.): In diesem Nachtragsetat wird die Nachbewilligung großer Mittel gefordert, die die Regierung ausgegeben hat zur Bekämpfung des Volksbegehrens. Die Verwendung der von Steuerzahlern aus allen politischen Lagern aufgebracht Mittel für solche Zwecke ist eine offensichtliche Verstoßverletzung. Wenn sind diese Propagandagelder denn ausgezahlt? Die Zentrale für Heimatdienst soll doch ein unparteiliches neutrales Institut sein. Staatliche Einrichtungen dürfen nicht zum Spielball politischer Parteien gemacht werden. (Beifall rechts, Lachen links.)

Abg. D. Schreiber (S.): Würde einmal von einer Reichsstelle der Kampf gegen religiöse Institutionen gelöst werden, so würde das Zentrum sich dem auf das radikalste widersetzen. Das Auswärtige Amt muß verhängt werden in einer Weise, die der Gesamtbevölkerung unseres Reiches entspricht.

Reichsinnenminister Severing:

Auf die Angriffe des Abg. Schulz-Bromberg habe ich zu erwidern, daß wir in der Tat 350 000 Mark aus dem Fonds zum Schutze der Republik vermandt haben zur Aufklärung der deutschen Öffentlichkeit über den Vonnplan. Wir hätten eine große Pflichtverletzung begangen, wenn wir widerspruchslos die Forderungen gegen die Politik der Reichsregierung hätten ins Land ziehen lassen. Vielmehr hat aus Staatsmitteln große Summen vermandt zur Bekämpfung von Sozialdemokraten, Freisinnigen und Zentrumsleuten. Aus Staatsmitteln wurden 1884 große Summen vermandt zu Wahlflugblättern gegen die regierungswidrigen Parteien. Im Jahre 1908 erbittet und erhält der Regierungsräsident von Potsdam vom preussischen Ministerium des Innern Mittel zur Verbreitung von Kalendern, mit denen eine Gegenwirkung gegen sozialdemokratische Schriften erzielt werden soll. Der an dieser Sache beteiligte Referent des Ministeriums war der jetzige deutschnationale Abgeordnete Graf von Westarp. (Hört! Hört! links.) Im Vergleich zum alten Regime kann man dem neuen Regime höchstens vorwerfen, daß es zu wenig tut in der Verteidigung der Regierungspolitik. (Beifall.)

Abg. Maslowski (K.) protestiert gegen die Kaufmännischen für die Technische Nothilfe und für die Heimatdienstzentrale. Im Zusammenhang mit dem Postauftrag und mit den Belpredungen des Herrnkubs im Berliner Adlonhotel habe die Vorbereitung der kapitalistischen Offensiv gegen die Sowjetunion. Die Arbeiterkassell werde diese Offensiv zuzuhande machen.

Abg. n. Freestag-Vorinschoten (Dn.): Die historische Parallele des Ministers Severing gehe schon deshalb völlig fehl, weil die rädere Regierung nicht wie die jetzige eine aus Parteien zusammengesetzte parlamentarische war. Der Erlaß der Regierungskoalition ist vom Minister Dr. Curtius selbst sehr ungünstig beurteilt worden. Dr. Curtius hat zugegeben, daß die Regierung in der Verteidigung des Vonnplanes zu weit gegangen sei und damit außenpolitischen Schaden anerkannt habe. Wir müssen von der Regierung Aufklärung verlangen über den traffen Widerspruch, der besteht zwischen den Erklärungen der deutschen Unterhändler und den Erklärungen, die der französische Ministerpräsident Tardieu in der Kammer über die Sanktionsmöglichkeiten aus dem Vonnplan abgegeben hat. Tardieu hat in der französischen Kammer betont, daß die französischen Sanktionsrechte fortbestehen und daß Deutschland zu ihrer Anwendung keine vorgängige und bedingungslose Zustimmung gegeben hat. Auf die Frage eines Abgeordneten, ob auch die Besetzung des Rheinlandes darunter zu verstehen sei, hat Tardieu geantwortet, die Handlungsfreiheit Frankreichs bleibe vollständig erhalten.

Abg. n. Lindene-Wildau (Chr. Nat. AG.): Der Nachtragsetat hebt die Kontrollarbeit des Reichstages am Etat wieder

auf. Die Reaktionsopposition gegen das Volksbegehren hat die Grenzen einer Aufklärungsstätigkeit weit überschritten und der inneren Befriedigung nicht gedient. Die heutigen Ausführungen des Innenministers fanden nicht auf der Höhe des Niveau, das man von einem deutschen Minister erwarten kann. Das Rundfunkwien wird leider so einseitig beinhalten, daß sogar ein Zentrumsredner erklärte, unter den Darbietungen des Rundfunks leide die Kindesseele.

Abg. Bernhard (Dem.): Durch den Nachtragsetat ist nicht die Kontrollarbeit des sogenannten Streichquintetts aufgehoben worden. Es konnte nicht vorausgesehen werden, daß die Ausgaben für Kriegsinvaliden und Invaliden den Vorschlag um 90 Millionen überschreiten würden. Dafür habe ich kein Verständnis, wie Abg. Freestag jetzt, nach der Entscheidung noch in dieser Weise den französischen Standpunkt rufen kann. (Abg. Graf von Westarp: Er hat doch Tardieu zitiert!) Ja, mit unverbällter Genauigkeit. (Lauter Widerspruch rechts. — Abg. Berndt (DK.) ruft: Das ist eine lächerliche Verdrehung! — Abg. Berndt wird wegen dieses Zurufes zur Ordnung gerufen!) Wir Juden sind mindestens so gute Deutsche wie Herr von Freestag. (Abg. Goebels (NS.): Was hat ein Jude hier zu suchen?) Abg. Ströher (NS.) erhält wegen ähnlicher Zurufe zwei Ordnungsrufe.

In der Abstimmung werden unter Ablehnung von Änderungsanträgen Nachträge zum Haushalt angenommen.

Der demokratische Antrag auf Wiederherstellung der 400 000 Mark zur Auslandspropaganda für die Leipziger Messe wird abgelehnt, ebenso wird auch ein deutschnationaler Antrag auf Unterstützung des Ausstellungs- und Messeamts Berlin. Der Gegenentwurf über die Reichsbetriebliaua an der Preussentofe wird in allen drei Lesungen angenommen. Donnerstag: Nachträge zu den heute nicht erledigten Etats und eventuell die zweite Beratung des Schanzstättengesetzes.

Der Reichsrat und die Agrarzölle

Berlin, 26. März. Der Reichsrat genehmigte die gestern vom Reichstag angenommenen Vorlagen über Minderung der Agrarzölle sowie das Malomonopolgesetz gegen die Stimme Bremens. Der Reichsrat genehmigte ferner den Antrag auf Härteausgleich bei Verkaufsbefreiungen über Tee und Zucker, sowie die Bestimmungen über Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in der Glasindustrie, in Walz- und Hammerwerken und im Steinkohlenbergbau.

Württembergischer Landtag

Beratung des Etats der Innenverwaltung

Stuttgart, 26. März. Der Landtag knüpfte in der Sitzung am Mittwoch nachmittags an das Statkapitel 27 (Straßen- und Wasserbau eine längere Aussprache, in der u. a. die Vorlegung eines Beschlusses, eine stärkere Beteiligung des Staates an der Unterhaltung von Orts- und Sträßtrassen und bessere Unterstützung von Wasserwerkzeugen verlangt wurde. Staatspräsident Dr. Wels teilte mit, daß die Stadt Stuttgart die Genehmigung zur Entnahme von Redarwasser für die Wasserwerkzeugen nicht erhalten werde, weil sich der Landesgesundheitsrat dagegen ausgesprochen hat. Stuttgart werde sich deshalb an dem Ausbau der Landeswasserwerkzeugen beteiligen müssen. Inwieweit der Ortshälften bei den Bestreuen der Sträßtrassen Aufgabe der Gemeinden. Ob außerhalb der Ortshälften das Bestreuen der Strassen zu den Unterhaltungsaufgaben gehöre, sei noch nicht geklärt. Diese Frage sollte von reichswegen entschieden werden. Präsident a. Euting betonte, daß mit Staatsbeiträgen zur Unterhaltung der Sträßtrassen nur den leistungsschwachen Gemeinden gebollen werden könne. Wichtiger als die Anlage von Radfahrwegen sei der Umbau der Staatsstrassen. Beim letzteren werde das Oberland nicht berücksichtigt. Es wurden dann die Kapitel 23—27 nach den Ausschussanträgen unter Ablehnung komm. und Jos. Änderungsanträge angenommen. Zum Schluß wurde noch Kap. 28 (Essentielle Fürsorge) beraten. Abg. Frau Hiller (S.) wandte sich gegen die Prüselstraße in den Fürsorgeanstalten. Abg. Kühle (S.) verteidigte die Er-

ziehungsanstalten und erklärte, daß das Jugendamt kein Recht habe, diese Anstalten zu beaufsichtigen und zu prüfen. Mehrere Anträge bezogen sich auf die Aufhebung der Rückstellungenpflicht der Kleinrentner für ihre Person und ihre Abkömmlinge. — Donnerstag wird mit der Beratung des Kalketats begonnen werden.

Aus Stadt und Land

Monteitag, den 27. März 1930.

Hutliches. Der Staatspräsident hat u. a. je eine Lehrstelle an der evangelischen Volksschule in Birtenfeld D.M. Neuenbürg dem Hauptlehrer Dierolf in Buchenbach D.M. Künzelsau, Calmbach D.M. Neuenbürg dem Hauptlehrer Kau in Fürtfeld D.M. Heilbronn übertragen.

Nachtrag. Der Konfirmantenliste ist, wie uns nachträglich mitgeteilt wird, noch zuzuzählen Helene Schilling hier, die der neupapstlichen Gemeinde angehört.

Wildbad, 24. März. (Freispruch.) Letzten Sommer wurde eine Oberjaaltdochter eines hiesigen Hotels von einem Stein erschlagen, als sie beim Baden auf einer Bank saß. Der verhängnisvolle Stein löste sich an einem Steinhäufen los während einem Waldstärchenbau. Angeklagt waren nunmehr die Bauunternehmerin Schanz sowie deren Arbeiter J. Eitel. In der Schöffengerichtsverhandlung wurden sämtliche Angeklagte freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte für die Angeklagte Schanz 3 Monate Gefängnis beantragt und für den Arbeiter einen Monat Gefängnis.

Stuttgart, 26. März. (Autounfall.) Nachts kurz nach 1 Uhr ereignete sich in der Bahnhofstraße ein folgenschwerer Kraftwagenunfall. Der Lenker eines mit vier Personen besetzten Kraftwagens fuhr in übermäßig rascher Fahrt die Bahnhofstraße einwärts. Der Wagen geriet schließlich ins Schleudern und überschlug sich zweimal. Die Mitfahrenden, ein 21 Jahre alter Bauhülffler, ein 23 Jahre alter Steinhauer, ein 39 Jahre alter Schreiner und ein 20 Jahre alter Ausläufer, sämtliche aus Weilmordorf, zogen sich zahlreiche, zum Teil nicht ungefährliche Verletzungen zu. Auch der Lenker des Kraftwagens, ein 28 Jahre alter Chauffeur aus Weilmordorf, wurde schwer verletzt. Letzteren trifft die Schuld an dem Unfall, da er sein Fahrzeug in betrunkenem Zustand steuerte.

Fahrlässige Tötung. Ende Januar d. J. verunglückte nachts in der Ludwigsburgerstraße ein Auto, in dem ein Brautpaar, das eben von Italien kam, den Tod fand. Das Auto war von dem Bruder des Bräutigams, dem 28 Jahre alten, ledigen Kaufmann Eugen Bossert von Cannstatt, gesteuert worden. Man hatte zunächst die Schuld an dem Unfall der Strahlenbeleuchtung und der Beschaffenheit der Straße gegeben. Demnach wird sich Eugen Bossert, der damals schwer verunglückte, wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten haben, denn er hatte unter der Einwirkung des Alkohols die Herrschaft über den Wagen verloren.

Aufwertungsurteil. Die Bahnhofsply A.-G. wurde in erster Instanz vom Landgericht Stuttgart zu einer Aufwertungsleistung von 150 000 M. an die Erben des Fürstlichen Heudel von Donnersmard verurteilt. Der Betrag ist in fünf Jahresraten zu bezahlen und die ganze Summe mit 5 Prozent zu verzinsen.

Pforzheim, 26. März. (Infolge Trichinose erblindet.) Frau Dr. Schwab aus Wildbad, die Frau des dortigen Arztes, die mit ihrem Mann wegen Genusses von

Spione auf See

Roman von Edwin Demel

Copyright by Greiner & Co., Weisk NW. 6

(28. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Die Kulis am Bordteil des Schiffes waren offenbar mit den Matrosen in Streit geraten. Die Ursache war allerdings nicht zu erkennen. Jedenfalls standen ein halbes Duzend der aufräumenden Matrosen mit Eimern und Aufwischern in Kampfstellung einer doppelten Anzahl der Gelben gegenüber, die lebhaft gestikulierten und schrien. Einige dieser Jopsträger verschwanden im Innern des Schiffes mit offenkundiger Behendigkeit.

„Sehen Sie doch einmal nach“, wandte sich der Kapitän zu einem Offizier, der in der Nähe stand. „Ich möchte gerne wissen, was dort eigentlich los ist. Wir haben wirklich jeden Tag etwas anderes an Bord. Diese verdammte Bande.“

Der Offizier ging und wir folgten ihm mit den Blicken. Er fragte in kurzen Worten, was los sei. Im Nu war er von beiden Parteien umringt und jeder sprach auf ihn ein.

In diesem Moment hörten wir im Innern des Schiffes den dumpfen Schall einiger Detonationen. Es schien, als wären dort Schüsse abgefeuert worden. Der Kapitän wurde in diesem Augenblick ganz blaß.

„Was ist denn da, zum Henker, wieder los?“ jagte er zornig. „Die Hunde meutern wohl.“

Da geschah vor unseren Augen etwas ganz Merkwürdiges. Kaum ertönte nämlich der Lärm im Schiffsinnern, als die Kulis unter ihren Kitteln Revolver und Dolchmesser zum Vorschein brachten und damit blitzschnell über die stehenden Matrosen herfielen. Eine Wolke von Pulverdampf wirbelte auf, eine Salve knatterte. Der Offizier stürzte im Feuer. Ein wütendes Durcheinander entstand und schon signalisierte der Kapitän Alarm.

Aus dem Aufstiege aber stürzte pulvergeschwärtzt ein Offizier und erklimmte eilends die Treppe zur Kommandobrücke. Es war Koppin.

„Verrat“, schrie er, „Seeräuber an Bord. Die Kulis haben den wachhabenden Matrosen erschossen und dringen in den Laderaum.“

„Da haben wir es“, rief Huntington, „jagte ich es nicht, daß im Laderaum der Teufel los sei? Die wollen nicht umsonst dort hinein.“

„Nur ruhig“, ermahnte der Kapitän, indem er den Revolver zog. „Wir werden mit der Bande gleich fertig sein. Es ist das ein ganz gewöhnliches Seeräubertum, wie es in letzter Zeit mehrfach vorgekommen. Die Leute unten sind alarmiert und werden sich bewaffnen. Wir aber müssen hier bleiben und die Kommandobrücke verteidigen.“

Der Kampf an Deck erreichte schnell sein Ende, denn die wehrlosen und auf derartiges nicht gefaßten Matrosen lagen teils am Kampffeld, teils hatten sie sich hinter die Kombüse geflüchtet.

Wir waren nur fünf auf der Kommandobrücke, nämlich der Kapitän, Koppin, der Carl, sein Diener und ich. Wir waren alle bewaffnet. Am Promenadendeck zeigten sich die bleichen Gesichter einiger Passagiere, um sogleich wieder zu verschwinden. Einige Matrosen, jedoch unbewaffnet, stürzten vom Hinterdeck herbei. Nach unten konnte man nicht mehr gelangen, denn schon besetzten die Kulis den Aufstiege. Uns jedoch näherte sich keiner, da sie uns kampfbereit sahen.

„Bordwärts Jungens“, befahl der Kapitän den heran-eilenden Matrosen, „nehmt einstweilen Handspeichen. Mit den Büscheln wollen wir schon fertig werden.“

Doch diese Bewaffnung war für einen Angriff wenig geeignet, zumal ich zwölf durchwegs mit Revolvern und Messern bewaffnete Kulis zählte. Da kamen wir doch nicht auf. Aber wo mochten die anderen sein? Ich hatte kaum die Frage aufgeworfen, als schon die Antwort aus dem Inneren des Schiffes in der Form eines infernalischen Geheules und heftigen Schießens erscholl.

„Aha“, meinte der Kapitän befriedigt. „Das sind die Leute vom Maschinenraum und auch die Passagiere und Matrosen, die sich noch unten befanden. Hoffentlich machen sie ihnen Luft.“

„Ich glaube kaum“, bemerkte Leutnant Koppin. „Die Kerle sind schlint wie der Teufel und haben sicher alle Zugänge besetzt, um niemanden herauszulassen oder gar die Luken versperrt. Sie werden alles in Schach halten. Es ist vorhin ähnlich gegangen.“

„Wie war das doch?“ fragte der Kapitän.

„Also“, erzählte dieser, „ich stand ganz ahnungslos im unteren Gange, als ich beim Laderaum einen Wortwechsel vernahm. Ich ging natürlich hin und sah dort drei Kulis meinem Posten gegenüber stehen, der sein Gewehr im Anschlag hatte. Ich witterte sogleich Unrat und zog die

Pistole. Da ging es aber schon los. Kaum hatten mich die Kerle bemerkt, als sie gleichzeitig jeder eine Pistole zum Vorschein brachten. Der Posten streckte zwar einen mittels eines Schusses nieder, wurde aber im nächsten Augenblick von den anderen beiden erschossen. Ich gab gleichfalls Feuer und der eine Kuli fiel. Da aber nun noch einige von den gelbbäutigen Banditen und alle bewaffnet, auftauchten, zog ich es vor, auszureißen, wobei ich noch wahrnahm, daß sie mich nicht weiter verfolgten, sondern sich an die Erbrechung der Tür zum Laderaum machten. Das ist alles.“

„Veng“, machte es in diesem Augenblicke und eine Gewehrflugel sauste an unseren Köpfen vorüber.

„Verflucht“, rief erblichend der Kapitän, „die Schurken scheinen sich wirklich schon in den Besitz unserer Feuerwaffen gesetzt zu haben. Gewehrfeuer können wir hier nicht aushalten.“

Unsere Situation war auch wirklich äußerst bedrohlich, denn wir konnten sehen, wie die Kulis sich mit Gewehren bewaffneten, die ihnen aus der Luke zugereicht wurden. Wir dagegen waren so gut wie ungedeckt und mit den Pistolen natürlich nicht imstande, so sicher auf größere Entfernungen zu schießen, wie unsere Feinde das tun konnten.

„Was ist zu machen?“ fragte der Kapitän.

Wir sahen einander ziemlich ratlos an.

In diesem Moment entstand drüben bei den Kulis eine gewisse Bewegung und aus der Luke stiegen zwei Personen, die wir unschwer als Europäer erkannten, obwohl wir ihre Gesichtszüge noch nicht zu unterscheiden vermochten. Ich dachte zuerst, daß dies wohl zwei unserer gefangenen Leute sein könnten, die von den Banditen als Parlamentäre benützt wurden. Die Sache hatte viel für sich, da mir nicht unbekannt war, daß die Kulis im Seewesen, wenigstens in bezug auf nautische Kenntnisse, ganz unerfahren seien. Sie waren daher gezwungen, wenigstens die Offiziere am Leben zu lassen, sofern sie glücklich das Land erreichen wollten. Diese Erwägungen waren es, die mich zu der Ansicht verleiteten, Parlamentäre in diesem Sinne vor mir zu haben. Daß die Kulis Sieger waren, schien sicher, denn der Lärm im Innern des Schiffes hatte aufgehört und es war demnach anzunehmen, daß Passagiere und Mannschaften in den unteren Räumen eingesperrt und entwaffnet waren.

(Fortsetzung folgt.)



Bärenschinken in Stuttgart im hiesigen Krankenhaus an Trichinose erkrankt liegt, ist vollständig erblindet. Bei Frau Dr. Schwab traten Krankheitsercheinungen zunächst an der Bindehaut auf, die das allmähliche Schwinden der Sehkraft zur Folge hatten.

Urach, 26. März. (Brand.) Abends brach in der an das Gastwirtschaftsgebäude angebauten Scheuer in Güterstein, das der württembergischen Landesgutsverwaltung gehört, ein Brand aus. Die Feuerwehr von Urach, sowie diejenige der Flachspinnerei von Kolb & Schüle, Urach, erschienen alsbald am Brandherd. Das Feuer konnte, bevor es größere Ausdehnung annahm, gelöscht werden.

Ulm, 26. März. (Keineneuen Verhaftungen.) Durch die württembergischen Zeitungen ging dieser Tage die Notiz, daß hier im Zusammenhang mit den Verhaftungen bei der Reichswehr wegen nationalsozialistischer Propaganda Hausdurchsuchungen bei Führer der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei stattgefunden hätten. Es seien vier neue Verhaftungen vorgenommen worden. Weder im Polizeiarrest noch im Amtsgerichtsgefängnis sind Leute in dieser Sache eingeliefert worden. Es ist unerklärlich, wie eine derartige Nachricht entstehen konnte.

Herkunft des Bären

Nach den polizeilichen Feststellungen kam der unheimlichste Bärenschinken auf folgende Weise nach Stuttgart:

Mitte Januar d. J. setzte ein Zirkusbefitzer, der seinen Zirkus aus finanziellen Gründen auflöste, von Mannheim aus seinen Tierbestand dem Verkauf aus. Unter diesen Tieren befand sich auch ein etwa drei Jahre alter männlicher Eisbär, der das rechte Auge angeblich bei der Dressur verloren hatte. Aus diesem Grunde eignete sich der Bär nicht mehr zu Schaustellungen. Ein Stuttgarter Wirt kaufte diesen Bären durch Vermittlung eines ihm befreundeten Stuttgarter Tierfachverständigen zum Schlachten auf. Dieser Bär wurde Ende Januar d. J. in Gegenwart dieses Stuttgarter Tierfachverständigen und in Gegenwart eines Mannheimer Schutzpolizeibeamten in Mannheim durch einen mit dem Stuttgarter Wirt befreundeten Stuttgarter Jäger erschossen. Das Tier wurde dann sofort geöffnet und die Eingeweide herausgenommen und gereinigt. Dann wurde das Fleisch sofort im Kraftwagen nach Stuttgart verbracht.

Nach Angabe des Stuttgarter Tierfachverständigen machten das Fleisch und die Eingeweide des Bären äußerlich gesehen einen tadellosen Eindruck. Der Jäger, der den Bären erschossen hat, hat selbst von dem Fleisch gegessen und befindet sich ebenfalls unter den Erkrankten.

Jahresversammlung der württ. Lagerhausgenossenschaften

Stuttgart, 26. März. Dieser Tage fand die 5. Jahresversammlung des Vereines württembergischer Lagerhausgenossenschaften unter dem Vorsitz von Direktor Grau-Hall statt. Der Vorsitzende erstattete den Kasbericht und hielt ein Referat über Zweck und Ziele der württembergischen Lagerhausgenossenschaften. Im Rahmen seiner Ausführungen beleschete der Vorsitzende Fragen der landwirtschaftlichen Produktion und der Verwertung derselben, ferner Fragen der Ertrags-, Finanz-, Bedienung und Verkauf landw. Erzeugnisse. Der Gesamtumsatz von 24 dem Verein angehörenden Genossenschaften betrug im Jahre 1929 nicht weniger als rund 2,5 Millionen Sester. Von 8 Lagerhausgenossenschaften fanden die Berichte über den getätigten Umsatz noch aus, so daß der Gesamtumsatz aller Lagerhausgenossenschaften ein noch erheblich größerer gewesen ist. Die bisherigen Verhältnisse wurden dahin beurteilt, daß die einseitige Aufgabe der Lagerhausgenossenschaften, die Erzeugnisse der Landwirte abzunehmen, und diese zweckmäßig zu verpacken, auf die Dauer nicht erfüllt werden kann, wenn es den Lagerhausgenossenschaften nicht irgend wie ermöglicht wird, sich in weitergehender Weise an dem Geschäft des Besuas landwirtschaftlicher Bedarfsartikel zu beteiligen. Die Ausdrücke über das Referat des Vorsitzenden bewegte sich um die Kernfrage der dem Abwagengeschäft entsprechenden Beteiligung der Genossenschaften am Besuasgeschäft. Im Vordergrund fast sämtlicher Ausführungen stand die Frage des Verhältnisses der Kaufstelle der landw. Genossenschaften zu den Lagerhausgenossenschaften.

Lohnregelung der württ. Landwirtschaft

Die Korrespondenz des Landw. Soutverbandes für Württemberg und Hohenzollern teilt mit: In fünftägigen Verhandlungen ist unter dem Vorsitz des Schlichters für Südwestdeutschland eine Vereinbarung über einen neuen Tarifvertrag zustande gekommen. Die Vereinbarung hätte durch die Parteien noch eine Ablehnung erfahren können. Die hierfür zuständige Arbeitskommission des Landw. Hauptverbandes hat der Vereinbarung jedoch, obwohl sie nicht in allen Teilen befriedigen konnte, zugestimmt. Insbesondere wird die Regelung der Lohnklasseneinteilung (Paragraf 3 des Tarifvertrags) demäntelt, weil bei ihr nicht nur objektive Merkmale zum Ausdruck kommen, sondern in einem kleinen Umfang auch ganz persönliche Forderungen und Meinungen der Arbeitnehmerseite, die nicht auf eine rein sachliche Beurteilung zurückgeführt werden konnten. Die Arbeitskommission erwidert aber in der Annahme der Vereinbarung das kleinere Übel.

Auch eine Neuregelung der Löhne ist erfolgt. Danach bleiben die Löhne, welche vom 5. Mai 1929 ab in Geltung waren, in Kraft auch über die Zeit, für die kein Tarifvertrag bestand (14. Januar bis 28. Februar). Sie gelten unverändert weiter bis 31. Dezember 1930.

Mit dem neuen Tarifvertrag und der Lohnregelung ist im arden und ganzen das Ziel erreicht worden: Klarstellung der tariflichen Bestimmungen, keine Verschärfung für den Arbeitgeber, aber auch nicht für den Arbeitnehmer. Wesentlich ist, daß unter die dreifährigen Kämpfe in Einzelbetrieben grundsätzlicher Art ein Strich gemacht worden ist und daß der Tarifvertrag auf 1 Jahr und 10 Monate fest ist.

Handel und Verkehr

Wirtschaft

Zusammenschlußbetreibungen in der württ. Elektrizitätswirtschaft. Die württ. Landeselektrizität A.-G. erzielte im vergangenen Jahr einen Reingewinn von 493 346 Mark gegen 337 180 Mark im Vorjahr und verteilt 6 Prozent Dividende. In der Generalversammlung kam auch die Frage des Zusammenschlusses mit der württ. Sammelstrome A.-G. zur Erörterung. Der Vorschlag hierzu geht bekanntlich vom Staatspräsidenten Dr. Bols aus. Aufsichtsrat und Vorstand der württ. Elektrizität A.-G. waren einstimmig für eine Annäherung, unter Umständen auch für eine völlige Verschmelzung mit der württ. Sammelstrome A.-G. Diese wird sich demnächst mit der gleichen Frage beschäftigen.

Fruchtpreise. Kernen: Weizen 12—12,60, Roggen 8,50—10, Gerste 9—9,65, Haber 6,70—7,80, Weizen 11,90—12,20. — Heide: Kernen 13,50, Weizen 12,50, Haber 6,90—7,30. — Tullingen: Weizen 13—14, Gerste 9,50—10, Saatgerste 11, Roggen 10,50, Haber 8—8,50 Mark.

Markt

Florzheimer Schlachtochmarkt vom 24. März. Zufuhr: 10 Ochsen 45—54, 9 Kühe 25—40, 45 Rinder 50—56, 12 Ferkel 48 bis 52, 12 Kälber 75—85, 450 Schweine 70—74. Tendenz: mäßig belebt.

Ulmer Schlachtochmarkt vom 25. März. Zutrieb: 4 Ochsen, 8 Ferkel, 21 Kühe, 20 Rinder, 169 Kälber, 233 Schweine. Preise: Ochsen a 48—52, Ferkel a 48—48, b 42—44, Kühe b 28 bis 32, c 16—28, Rinder a 50—52, b 44—48, Kälber a 74—78, b 68—72, Schweine a 62—64, b 58—60 Mark. Marktverlauf: geschlossen in allen Gattungen.

Wälder Butter- und Käsebörsen Kempten vom 26. März 1930. Wälderbutter 129—135, Verläuf: unverändert, Qualitätszuschlag nach Statistik der Gewoche 8,1 Pfennig, Weichkäse 20 Prozent Fettgehalt (arline Ware) 23—26, Verläuf: unverändert. Wälder Emmentaler 45 Prozent Fettgehalt 90—110, Verläuf: unverändert. Die Preise sind Erzeuger-Verkaufspreise ab Station des Erzeugers ohne Verladung für 1 Sack.

Wälheimer, 26. März. (Weinmarkt.) Der Wälheimer hädliche Weinmarkt am 2. April in der hiesigen Festhalle hat nach den Anmeldungen ein nennenswerte Befehdung an 1929er und 1928er Markgräfler Weinen zu erwarten, jedoch die Käufer eine fastliche Auswahl in den verschiedensten Gewächsen vorfinden werden. Im ganzen wurden 1800 Hektoliter und über 30 000 Pflichten Wein angemeldet, und zwar aus 20 Orten des Markgräfler Landes.

Aus dem Gerichtssaal

Anklage zum Totschlag

Stuttgart, 26. März. Das Schwurgericht Stuttgart verurteilte den Schäfer Grau von Döflingen wegen eines Verbrechens der Anklage zum Totschlag zu der Gefängnisstrafe von 1 Jahr und 3 Monaten. — Bei dem Verbrechen des Schäfers handelt es sich um jene blutige Wabnacht in Döflingen vom 15. auf den 16. Dezember 1928, die schon einmal Gegenstand einer Schmutzverhandlung war. Damals wurde nach vorhergegangenen Streit, der im Anschluß an das Bekanntwerden des Wahlergebnisses in einer Döflinger Wirtshaus (im „Köhle“) entstanden war, ein Mann namens Schmid von einem gleichnamigen Bürger von Döflingen auf der Straße vor der Wirtshaus mit einem Messer in die Brust gestoßen. Der Sohn des Verletzten und dessen Freund rächten diese Tat insofern, als sie über den Messerhelden herfielen und diesen mit den Fäusten und Schuhen demütigen und bearbeiteten, daß er bewußlos auf der Straße liegen blieb. Der Sohn fuhr dann mit dem Fahrrad fort, um für den gestohlenen Vater, den man inzwischen in seine Wohnung trug, ärztliche Hilfe zu holen. Schäfer Grau von Döflingen hatte gehört, daß am Köhle etwas passiert sei, daß sein Stiefvater Schmid von einem anderen erschoten wurde. Er ging in die Wohnung des Schmid. Dieser lag mit blutender Wunde auf einem Sofa in der Wohnkammer. Später begab sich der Schäfer allein an den Tatort, wo der so äbel zugerichtete Messerhelder immer noch lag und stöhnend auf dem Boden umherkroch. Er soll auch noch einige Worte an den Angeklagten gerichtet haben. Als der Schäfer den Sohn des Gestohlenen, als dieser vom Tatort kam, auf der Straße beim Köhle traf, sagte er ihm, sein Vater liege im Sterben und bemerkte noch dazu: dann müsse der andere auch hin sein. Auf das hin ging der Sohn wütend wieder zu dem am Boden Liegenden zurück und schlug mit seinen schweren Fußballstiefeln diesem noch mehrmals wuchtig gegen den Kopf, was vollends den Tod des Messerhelders zur Folge hatte. Die beiden jungen Täter wurden im Sommer vorigen Jahres vom Schwurgericht Stuttgart zu je einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten verurteilt. In Heilbronn, wo sie ihre Haft verbüßten, ließ dann der Sohn des gestohlenen Schmid durchsichern, daß nur durch das Vordringen des Grau, Schmid liege im Sterben, er den Messerhelder zum zweitenmal so wuchtig bearbeitet habe, daß dieser an den Folgen der zweiten Wundbehandlung gestorben sei.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Raumann-Freier im Reichstag. Im Sitzungssaal der demokratischen Reichstagsfraktion wurde zur Feier des 70. Geburtstages Friedrich Raumanns ein von Rathilde Battenberg (Frankfurt a. M.) im Jahre 1907 geschaffenes lebensgroßes Bildnis des verstorbenen demokratischen Führers als dauernder Schmuck für das Fraktionszimmer von einer Anzahl engerer Freunde Raumanns übergeben.

Amerikas Zollpanzer. Unter einem wahren Trommelfeuer von Lob und Tadel hat der amerikanische Senat mit 53 gegen 31 Stimmen die Zollvorlage der Regierung angenommen, die darauf hinausläuft, die höchsten Zollschranken um Industrie- und Landwirtschaft, welche die amerikanische Wirtschaftsgeschichte je gekannt hat, anzurichten.

Deutscher Großhändler für China. Zwischen der Zentralregierung und der Telefunken-Gesellschaft für drahtlose Telegraphie m. B. Berlin, ist ein Vertrag über die Errichtung einer drahtlosen Sendeanlage in Kanjing unterzeichnet worden, die mit den neuesten Erzeugnissen ausgestattet, eine der stärksten Stationen der Welt sein wird.

80 Stück Vieh verbrannt. In der Nacht zum Dienstag wurde die von dem Gutspächter Murswil bewirtschaftete vorpommersche Domäne Segebadehaus bei Grimmen von einem verheerenden Großfeuer heimgejucht. Der Brand kam in einer der großen Viehstallungen aus, die im Ru in hellen Flammen standen. Durch die schnelle Ausbreitung des Feuers gelang es nicht mehr, alles Vieh zu retten. 80 Stück Jungvieh kamen in den Flammen um.

Grubenunglück in Morgontown (Westvirginia). Bei einer Explosion in der Kronenmine in der Nähe von Fairmont wurden 11 Bergleute verschüttet. Man glaubt, die Opfer der Katastrophe nicht mehr lebend bergen zu können.

Das Braugejch. Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages lehnte die Beratung des Braugejches fort. Die Vorschriften über den Deklarationszwang für Brot wurden genehmigt mit der Abänderung, daß das Roggenbrot aus 95 v. H. Roggenmehl und das Weizenbrot aus 95 v. H. Weizenmehl bestehen soll. Nach der Regierungsvorlage waren 97 v. H. vorgejchlagen. Auf Antrag verschiedener Parteien wurde darüber hinaus auch der Deklarationszwang für Mehl beschlossen.

Im Münchener Stadtrat kam es zu einer Kauferei. Die Nationalsozialisten stürmten während einer Rede eines Kommunisten, der den Nationalsozialismus als organisierten Arbeitermord bezeichnete, die Bänke der Kommunisten, Nationalsozialisten und Kommunisten schlugen mit den Fäusten aufeinander, auch mit Stühlen wurde zugeschlagen.

Das Doniermal-Flugzeug D 1747 der Luftkassa ist in Travemünde zum ersten Flug auf der Strecke Deutschland—Südamerika gestartet. Die erste Etappe geht bis Southampton.

Kundfunk

Freitag, 28. März: 6.45 Uhr Morgengymnastik; 10.00 Schallplatten; 11.00 Nachrichten; 12.00 Promenadenkonzert; 12.55 Rauer Zeitzeichen; 13.00 Schallplatten; 16.00 Konzert; 17.30 Wanderertrakt in der Großstadt; 18.05 Der Eisenerzbergbau in Ost-Württemberg; 18.35 Stunde der Landwirtschaftskammer; 19.00 Zeit, Ueberblick über die Hauptveranstaltungen der kommenden Woche in Esperanto; 19.30 Operettenmelodien; 20.15 Humoresken; 21.00 Konzert; 21.30 „Bon jahrendem Volk“; 23.00 Nachrichten, Sportberichtericht; 0.30—1.30 Nachtkonzert.

Letzte Nachrichten

Hitler thüringischer Staatsbeamter?

Berlin, 27. März. Wie der Sozialdemokratische Pressedienst mitteilt, soll die thüringische Regierung beabsichtigen, Hitler zum thüringischen Staatsbeamten zu bestellen. Auf diese Weise soll Hitler die deutsche Staatsangehörigkeit verschafft werden, da die Ernennung eines Ausländers zum Staatsbeamten die Naturalisierung in sich schließt. Hitler würde jedoch nicht im thüringischen Staatsdienst tätig sein, sondern nur seine Ernennungsurkunde in Empfang nehmen und dann, laut „Völkischer Zeitung“, nach München gehen.

Demokratische Parteivorstandssitzung

Berlin, 27. März. Der Hauptvorstand der Deutschen Demokratischen Partei wird am Montag, 5. Mai, zu einer Sitzung zusammentreten.

Das Verfahren gegen Böh

Berlin, 27. März. Der Vorsitzende des Bezirksausschusses, Präsident Mooskate, hat dieser Tage die Anklageschrift im Disziplinarverfahren gegen Oberbürgermeister Böh zugestellt erhalten. Als Vertreter der Anklage wird Oberregierungsrat Gäde vom Oberpräsidium fungieren, der vom Oberpräsidenten befehlet worden ist. Wann der Disziplinarprozeß gegen Oberbürgermeister Böh stattfindet, steht noch nicht fest. Präsident Mooskate hat dem Angeklagten eine 14tägige Einlassungsfrist gewährt, die auf Antrag des Reichstagsabgeordneten Hermann Fischer, um weitere 14 Tage verlängert worden ist. Wenn keine Beweisanträge von dem Verteidiger gestellt werden, was allerdings sehr unwahrscheinlich ist, dürfte Präsident Mooskate in etwa drei bis vier Wochen den Verhandlungstermin ansetzen. Das Disziplinarverfahren selbst wird unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Der Bezirksausschuss wird in dieser Verhandlung mit drei staatlichen Beamten und vier gewählten Beisitzern besetzt sein.

Moskau beschwert sich über Dr. Held

München, 26. März. Gegen die Beteiligung des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held an der Protestkundgebung der Münchener Katholiken gegen die Religionsverfolgungen in Sowjetrußland hat sich, wie der „Bayerische Kurier“ meldet, die Sowjetregierung in Berlin beschwert. Die Beschwerde der russischen Regierung sei an die bayerische Regierung weitergeleitet worden. Dem bayerischen Ministerpräsidenten sei dabei nahegelegt worden, eine Erklärung des Inhalts abzugeben, er habe an der Münchener Kundgebung nicht in amtlicher Eigenschaft als Ministerpräsident teilgenommen. — Der „Bayerische Kurier“ kritisiert in scharfer Weise die Nachgiebigkeit, die gegenüber der bolschewistischen Regierung geübt werde. Man hätte nach der Unterredung des Außenministers Curtius mit dem russischen Botschafter in Berlin annehmen können, man würde endlich der russischen Regierung gegenüber eine andere Tonart anschlagen. Offenbar sei das aber ein Irrtum gewesen. — Die offizielle Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei schreibt: Die Beteiligung des bayerischen Ministerpräsidenten an der Münchener Kundgebung sei eine rein interne deutsche Angelegenheit. Die Reichsregierung habe gar keine Möglichkeiten und Kompetenzen, dem Ministerpräsidenten eine deutsche Landes vorzuschreiben, ob er an solchen Veranstaltungen teilnehmen solle oder nicht. Auf jeden Fall hätte es das bayerische Volk nicht verstanden, wenn sich Dr. Held von der Kundgebung ferngehalten hätte.

Nutmahlisches Wetter für Freitag

Ueber dem Festland liegt Hochdruck. Für Freitag ist, da sich im Norden und Süden noch Depressionsgebiete befinden, zwar mehrschad bedecktes, aber vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Verantwortlicher Schriftleiter: Erwin Vollmer.



Amtliche Bekanntmachungen Im Handelsregister

wurden am 24. März 1930 gelöscht die Firmen: Emil Sälger, Möbelfabrik in Altensteig wegen Aufgabe des Geschäftes; Ernst Armbruster, Bierbrauerei zum Schwanen in Altensteig, wegen Aufgabe des Handelsgewerbes und Joh. Kaltenbach, Seifenfabrikation in Altensteig, als nicht mehr registrierpflichtig.

Den 25. März 1930. Amtsgericht Nagold.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das auf Kartung Ettmannsweller Heft 63 Abt. 1 Nr. 1 z. St. der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen des **Johann Georg Mast, Schreiermeisters**

in **Ettmannsweller** und seiner Ehefrau **Margarete**, geb. Stelzer je zur Hälfte eingetragene Grundstück:

Geb. Nr. 45 Wohnhaus, Scheuer, Bretterschuppen und Werkkattanbau, außen im Dorf 4 a 18 qm Parz. Nr. 106/5 Gemüse- und Baumgarten, in den Birkäckern 6 a 97 qm

Gemeinderätliche Schätzung vom 14. März 1930 Grundstück 19 000 RM. Zubehörden 6 000 RM.

25 000 RM.

am **Donnerstag, den 22. Mai 1930**, vormittags 10 Uhr auf dem Rathaus in **Ettmannsweller** versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 20. Februar 1930 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diesjenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Altensteig, den 24. März 1930.

Kommissär:
Bezirksnotar Fürn.

Gartweiler.



Langholz- Verkauf.

Die Gemeinde bringt am Samstag, den 29. ds. Mts., nachmittags 4 Uhr auf dem Rathaus zirka

113 Fhm. Langholz
6 Rm. Papierrollen
und 39 1/2 Rm. Brennholz

an den Meistbietenden zum Verkauf.

Das Holz wird auf Verlangen von Waldschütz Schnitter vorgezeigt. Liebhaber sind eingeladen.

Gemeinderat.

Die **Städt. Frauenarbeitschule Altensteig** hat im Schaufenster der **W. Rieker'schen Buchhandlung** vom 27.—31. März

Schülerinnenarbeiten

ausgestellt.

Für das **Sonntagsblatt**

bestimmte Inserate

bitten wir frühzeitig aufzugeben, damit es uns möglich ist, den Wünschen unserer Inserenten zu entsprechen.

Das wertvollste
Konfirmationsgeschenk
von bleibendem Wert
ist ein
gutes Buch

W. Rieker'sche Buchhdlg.
Inhaber W. Erhard
Altensteig.

Mädchen

für Haushalt und Küche, im Alter von 14—16 Jahren, auf 15. April oder 1. Mai gesucht.

Bäckerei Walz, Ebhausen.

Heißiges, eheliches

Mädchen

welches das Kochen erlernen kann, sucht Stellung für sofort oder 15. April. Am liebsten in ein Hotel.

Maria Roth, Dittishausen bei Löffingen.



Schweinetröge
Selbsttränke-
Bekken

preiswert bei

Berg & Schmid
Nagold.

Komme morgen auf den Marktplatz mit großer Auswahl **frischem Gemüse**

sowie **blühenden Blumenstöcke**
Frau Red, Nagold.

LUGER

Frische
Seefische

heute eingetroffen:

Kopfloser Schellfisch
und Cablan 30 ₰
Pfund

Bratfertiges Fisch-Filet 58 ₰
Pfund

Feinste Fett-Büchlinge

Feine, weißlichige Bismarckheringe 88 ₰
Rollmops Liter

Feine Essiggürkeln 80 ₰
Pfund

Beste Preiselbeeren 50 ₰
offen Pfund

Städt. Sparkasse Altensteig.



Vergegenwärtigen Sie sich die großen Wohlthaten eines ersparten Kapitals bei:

- Konfirmationen,**
- Aussteuern,**
- Eigenheimerstellung,**
- Krankheitsfällen,**
- Sterbefällen,**
- Erholungsreisen,**
- Gründung einer Existenz usw.**

und lassen Sie sich deshalb bei uns sofort ein höchstverzinsliches

Zwecksparkonto

anlegen.

Städtische Sparkasse Altensteig.

Freundliches, heizbares

Zimmer

für einen Herrn auf 1. April gesucht.

Angebote mit Preisangabe unter „Zimmer“ an die Geschäftsstelle des Blattes.

Altensteig

Ein ordentlicher

Viehfütterer

der melken kann, gesucht.

Silber, Mühle.

Ebhausen.

Es stehen mehrere Quantum

gutes Heu

zum Verkauf und steht Angeboten entgegen

Wilhelm Dittus, Heumäcker.

Wenn

man etwas verkauft, vermietet oder verpachtet oder etwas sucht, so bringt man eine Anzeige in der

Schwarzwälder Tageszeitung
„Aus den Tannen“.

Die große Verbreitung in allen Bevölkerungsschichten sichert einen guten Erfolg.

Altensteig.

Heute frisch eingetroffen:



- Cablau ohne Kopf 1 Pfd. 30 „**
- Schellfisch, mittel 1 Pfd. 35/40 „**
- Fischfilet, bratfertig 1 Pfd. 50 „**

bei

Chr. Burghard jr.

Gelegenheits-Kauf. Lieferwagen

Verkauf wegen Anschaffung eines stärkeren, meinen nur 8 Monate gelaufenen 1 1/2—2 Tonner Chevrolet-Lieferwagen. Derselbe ist wie neu, samt Sitzbänken und Plane, Preis 190×350 cm, besonders starke Federung.

Martin Koch, Möbelfabrik, Nagold
Telefon Nr. 9.

Altensteig.

Bestellungen

auf nächste Woche eintreffende

echte Beneto Ital. Eier

57/58 und 60/61 Also schwere Ware

echte Steyrer Hasenmarke

schwerste in Kisten à 360, 720 und 1440 Stück

sowie im Anbruch zu billigsten Tagespreisen

nimmt entgegen

Chr. Burghard jr.

Sämtliche von den Gemeindeverwaltungen und Verwaltungsaktuarien auf 1. April benötigten Formblätter für das

Gemeinderechnungs- und Steuerwesen

(insbesondere für Steuerabrechnungsbuch mit summarischer Berechnung, Hundesteuer, Biersteuer, Vergnügungssteuer, sonstige Einzugsregister, Hauptbücher, Auszahlungsregister) sind zu beziehen durch die

W. Rieker'sche Buchdruckerei, Altensteig

als Mitglied der Formulargenossenschaft Württ. Buchdruckereien e. G. m. b. H., Stuttgart.

Mit Mustersammlung stehen wir jederzeit zur Verfügung.

